

Die Sinnfrage

“Staatsverweigerung” soll demnächst ein Delikt werden — einmal abgesehen davon, daß dieser Gummiparagraph demokratiepolitisch höchst bedenklich ist und man damit alles mögliche verfolgen kann — hat diese Norm eine innere Logik: Der Staat mobilisiert seine Truppen, um sich selbst zu verteidigen. Er deklariert sich damit aber — im Gegenteil zum allgemeinen Verständnis als Verwaltungsapparat, als politisches Gefäß, als Volkskoordinator und Schiedsrichter — auch zum Kombattanten. Ja, §247a StGB wäre nicht die erste Strafnorm, mit der sich der Staat gegenüber seinen Gegnern zu schützen versucht, sie ist aber die erste, in der pönalisiert wird, den Staat als solchen abzulehnen. Genau dadurch macht sich der Staat aber auf einer rechtsphilosophischen Ebene angreifbar, denn er definiert sich dabei als in Frage stellbar. Das Undenkbare wird somit denkbar.

Die Organisation von Menschen und Territorien in Staaten ist uralte. Fürsten aller Jahrhunderte mußten sich gegen ihre Völker wehren, sei es mit bewaffneten Männern (denen sie auch nicht immer blind vertrauen konnten), sei es mit großem Brimborium, sich selbst zu weisen, gottähnlichen Wesen zu stilisieren; Pomp and Circumstances quasi und dann noch ein bißerl Brot und Spiele.

Die Zeiten haben sich geändert, die Völker haben sich erhoben, heute hat das Volk selbst als

Souverän zu gelten. Eingedenk der Molochhaftigkeit des Staates führte man die Trennung der Gewalten ein. Genau durch solche Revolutionen wurde aber die Idee des Staates gerettet: Nicht der Staat, also eine Hegemon mit seinen Beamten, sollte das Volk regieren, sondern das Volk sollte das Gefühl haben, den Staat zu regieren, ja, wie einst die absolutistischen Herrscher sich selbst als der Staat fühlen.

Nur: Ein Staat blieb es doch. Und der hat ein Problem, wenn Teile seines angeblichen Souveräns ihn ablehnen. Denn damit wird an der Legitimation des Staates gerüttelt. Die Frage steht dann im Raum: Wem dienen die Staatsdiener wirklich und wozu brauchen wir den Staat überhaupt? Wozu ist er nütze? Was ist das Ziel seiner Existenz?

Staatsziel statt Amtsweg

Womit wir bei einer anderen anstehenden Novelle wären, die die gerade zerfallende Koalition noch durchbringen möchte, der Reform des Staatszielgesetzes.

Bis vor einem paar Jahren hatte der Staat überhaupt keinen Bedarf, seine eigene Sinnhaftigkeit zu belegen: ‘Der Staat ist einfach und wir alle sind der Staat.’

Bis 2013 fand sich im österreichischen Verfassungsrecht nur eine einzige Stelle, die man als Staatszieldefinition ansehen konnte, nämlich das Bekenntnis zur Landesverteidigung — was schon allein eingedenk der Tatsache, daß ein Mittel zur Aufrechterhaltung des Staates als Zweck definiert wird, eher absurd erscheint.

Anfang dieses Jahrhunderts stellte das Sozialstaatsvolksbegründen die Forderung auf, den

Sozialstaat, also die institutionelle Armutsbekämpfung, als Staatsziel zu definieren — damit war aber erstmals in der Zweiten Republik auf einer größeren Bühne der Staat aufgefordert, seinen eigentlichen gesellschaftlichen Auftrag zu definieren. Der Selbstzweck reichte plötzlich nicht mehr.

Vor vier Jahren wurde dann etwas beschlossen, was offiziell etwas sperrig “Bundesverfassungsgesetz über die Nachhaltigkeit, den Tierschutz, den umfassenden Umweltschutz, die Sicherstellung der Wasser- und Lebensmittelversorgung und die Forschung” heißt und in der öffentlichen Diskussion mitunter als “Staatszielgesetz” bezeichnet wird. Sehr ernstgenommen dürfte man das wohl auch nicht haben, denn man ging offensichtlich davon aus, daß Verfassungsrecht in Österreich wie üblich sowieso nicht als unmittelbar anzuwendendes Recht angesehen wird und damit zumindest solange als “tot”, bis sich der Verfassungsgerichtshof damit beschäftigen muß. Nun stellte man fest, daß es aber in Österreich Richter gibt, die das ernstnehmen. Also muß man da auch wirtschaftliche Definitionen aufnehmen — und plötzlich wird ein Sonntagsredengesetz zu lebendigem Recht: Der Staat sieht sich genötigt, seine Aufgaben und damit auch seine Zweckhaftigkeit zu definieren. Und da fällt dann halt schon auf, daß das, was er da als seine Legitimation anführt, ein bißerl wenig ist — der Kaiser ist anscheinend doch nackt.

Ob es da ausreichen wird, ein Gesetz zu erlassen, daß das Erkennen dieser Blöße unter Strafe stellt, bleibt abzuwarten.

Bernhard Redl

Siehe auch: Initiativen, Seite 6

Im Herbst wird gewählt. Aber was hat die Linke da schon groß zu wählen? Derzeit wird heftig diskutiert, online und offline. Um einen Überblick zu schaffen hier zwei gekürzte Stellungnahmen der SLP und einer Gruppe aus dem Aufbruch Salzburg sowie eine Einladung der Initiative "Echtrot", die versucht, das alles und noch viel mehr unter einen Hut oder eben auf eine Wahlliste zu bekommen.

Startschuss zum Wahlkampf: Was macht die Linke?

SLP Bundesleitung

Für Linke stellt sich die Frage: Wie kann der Wahlkampf und die Nationalratswahlen für die Auseinandersetzung gegen Sozialabbau, Frauenunterdrückung, Rassismus und Umweltzerstörung usw. genutzt werden?

Es gibt einige Initiativen, die in den letzten ein Jahren versucht haben, den Widerstand "von Unten" zu organisieren. Sei es in verschie-

denen sozialen und politischen Bewegungen, etwa im Sozial- und Pflegebereich mit Care Revolution, gegen das Murkraftwerk, im Kampf für Flüchtlingsrechte, oder in neuen politischen Bewegungen wie dem Aufbruch, den Jungen Grünen, oder System Change not Climate Change. Die KPÖ Steiermark hat gezeigt, dass konsequente linke Politik auch auf Wahlebene erfolgreich sein kann.

Die kommenden Wahlen und der Wahlkampf werden das dominierende Thema der innenpolitischen Debatte. Keine Initiative, keine soziale Bewegung kommt darum, Stellung zu beziehen. "Was macht ihr bei den Wahlen?" wird ab jetzt die erste Frage sein, mit der Linke konfrontiert sein werden, wenn sie Kampagnen auf der Straße, in Betrieben oder Bildungseinrichtungen organisieren.

Wir wissen, dass die Ausgangsbedingungen für eine linke Kandi-

datur nicht einfach sind. Es ist wenig Zeit, um eine Plattform zu bilden. Es fehlt an Ressourcen und schlagkräftiger Organisation. Das alles sind Faktoren, die man berücksichtigen muss und die Menschen zweifeln lassen. Wir müssen uns aber fragen: was können wir durch einen Antritt verlieren? Wenn es keine sichtbare, kämpferische linke Kandidatur gibt, drohen linke Themen und soziale Kämpfe völlig im Wahlkampf unterzugehen. Das würde auch eine denkbar schlechte Voraussetzung für den Widerstand gegen die kommende Regierung bedeuten — in der höchstwahrscheinlich die FPÖ sitzen wird. Wir glauben, dass das riskanter ist als der Versuch, eine linke Wahlplattform aufzustellen.

Ansätze für einen kämpferischen linken Wahlkampf gibt es: Von der Wut der Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialbereich über eine neue Welle an Frauen-

Linke Plattform — Treffen am 10. Juni

Wenn die "neue" ÖVP HartzIV nach Österreich importieren will, Sozialdemokraten sich nur mehr um die Mittelschicht kümmern und Grüne die Mindestsicherung "nur ein bisschen" kürzen wollen, sich als die einzig linke Partei zu positionieren versuchen, ist es höchste Zeit für uns echte linke Politik ins Parlament zu bringen.

Das schaffen wir aber nur als gemeinsame Linke; Als eine Bewegung aus der Basis mit einem gemeinsamen Ziel. Und genau das wollen wir sein: Eine Plattform die es allen Linken Kräften, egal ob Parteien, NGOs, Vereinen, Einzelpersonen ermöglicht sich zu vernetzen und unter einer gemeinsamen, offenen Liste zur Wahl anzutreten.

Solidarität, Flüchtende, die Angst vor sozialem Abstieg, Neoliberale Agenda und Steuerflucht von Globalen Playern werden nur einige der Themen sein, auf die wir Antworten abseits der inszenierten Alternativlosigkeit der Großparteien liefern können und müssen.

Echt Rot soll niemanden ersetzen oder ablösen – jedeR soll seine Identität behalten damit dieses Bündnis möglichst breit wird. Wir wollen so partizipativ und demokratisch wie möglich sein, müssen aber auch klar sagen, dass das Projekt nur gelingen kann, wenn wir zügig voranschreiten und die offenen Fragen nach Organisation, Finanzierung und Kandidat*innen schnell klären.

Daher möchten wir euch zu unserem ersten Treffen am 10. Juni in der Gusshaustraße 14/3, 1040 Wien einladen. Beginn 11:00. Um verbindliche Anmeldung wird gebeten: <http://echtrot.at/10juni>

kämpfen, deren erster Ausdruck das Frauenvolksbegehren ist, all jene, die im Rahmen der Flüchtlingsbewegung aktiv geworden sind, bis zu den Initiativen, die erst diese Woche die Proteste gegen die Kürzung der Mindestsicherung in Innsbruck organisiert haben. Die Linke muss die Frage beantworten: Welche Möglichkeiten haben diese Menschen, die in den letzten Monaten aktiv geworden sind, im Wahlkampf für ihre Interessen zu kämpfen?

Ein linker Wahlkampf kann gerade durch den Bruch mit der inhaltsleeren Show-Inszenierung der etablierten Politik erfolgreich sein. Wir können konkrete Solidarität mit Flüchtlingen organisieren. Wir können die mediale Selbstinszenierung von Kern, Kurz und Strache durch Aktionen stören und aufzeigen, wofür sie wirklich stehen: Politik von oben für die Reichen. Wir können Demonstrationen für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und für einen Mindestlohn organisieren — das sind Forderungen der Gewerkschaften, die so

dazu bewegt werden können, selbst einzugreifen. Es gibt eine gigantische Wut über die etablierte Politik und die Macht der Banken und Konzerne. Mehr denn je braucht es in diesem Wahlkampf eine linke Alternative, die die Ursachen der Krise von Politik und Wirtschaft aufzeigt: das kapitalistische System, das uns immer tiefer in einen Strudel aus Armut, Ausbeutung und Entdemokratisierung reißt.

Deswegen tritt die SLP für ein linkes Bündnis ein, das an sozialen Bewegungen ansetzt und im Wahlkampf eine Alternative zum neoliberalen und rassistischen Einheitsbrei darstellt. Wir denken, dass Aufbruch eine wichtige Rolle spielen kann, so eine Kandidatur zustande zu bringen. Nach wie vor gibt es zahlreiche Menschen, die Aufbruch beobachten und sich Impulse von Aufbruch für eine neue linke Formation wünschen. Wir appellieren auch an die KPÖ und die KPÖ Steiermark, die im Statement ihres Bundesvorstandes erwähnte "Offenheit für Wahlallianzen" ernst

zu nehmen und Schritte in diese Richtung zu unterstützen.

Wir denken, dass es eine gemeinsame Konferenz von allen politischen Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen braucht, die bei dieser Wahl Widerstand von unten auf den Stimmzettel bringen wollen — und zwar noch vor dem Sommer. Sollte es nicht gelingen, ein echtes linkes Bündnis für die Wahlen aufzustellen, diskutieren wir auch eine eigene Kandidatur, um im Rahmen unserer Möglichkeiten eine Plattform für soziale Kämpfe und Widerstand gegen dieses krisengeschüttelte und immer autoritärere System anzubieten.

Die Kugel rollt. Die Linke kann nicht an der Seitenlinie stehen. Der Erfolg einer linken Kandidatur wird nicht einfach in der Zahl der Stimmen, die sie erhält, liegen — sondern im Aufbau und der Organisation des Widerstands während des Wahlkampfes und durch den Wahlkampf, gegen die nächste Regierung der Reichen. *(gek.)*

Volltext: <https://www.slp.at/artikel/startschuss-zum-wahlkampf-was-macht-die-linke-8304>

Widerstand gegen rechte Offensive vorbereiten – für eine Einheitsliste KPÖ- Aufbruch!

*Lukas Kastner, Karolin Kautzschmann,
Verena Kreilinger, Rio Mauerle, Christian
Zeller (Aufbruch Salzburg)*

Wir werden bei den kommenden Wahlen im Oktober mit großer Wahrscheinlichkeit einen massiven Rechtsruck der institutionellen Poli-

tik Österreich erleben. Eine ÖVP-FPÖ-Regierung wird noch energischer und brutaler gesellschaftliche Errungenschaften angreifen. Das grundsätzliche und strategische Anliegen ist klar: Teile der österreichischen Wirtschaft wollen ihre Position im globalen Wettbewerb gegenüber den Rivalen in Asien stärken. Die Lohnstückkosten sind zu senken und die Arbeit weiter zu flexibilisieren. Selektive Migration für bestimmte Qualifikationsbereiche und zur Senkung der Löhne ist erwünscht. Wer den Kriterien nicht entspricht, soll kein Recht auf Existenz in Österreich (und Europa) haben. Das Leben vieler Menschen wird schwieriger werden. Die politischen Spielräume für alle, die eine solidarische und umweltgerechte Gesellschaft anstreben, werden noch enger werden.

Die rechtspopulistische FPÖ gibt sich nunmehr verantwortungsbewusst und will endlich mal die Regierungsgeschäfte übernehmen.

Die Unterschiede zwischen Kurz und Strache scheinen graduell zu sein. Viel deutet darauf hin, dass sich das Kurz und Strache problemlos auf ein neoliberales Wirtschaftsprogramm mit nationalliberaler Migrations- und Sozialpolitik, das die wettbewerbsstaatliche Logik tief in der Gesellschaft verankern will, einigen werden. NEOS, Grünen und Stronach-Leuten bleibt da nichts anderes übrig, als sich als verantwortungsbewusste und unterwürfige PartnerInnen für die Großen anzubieten.

Gleichzeitig wird sich der Erosionsprozess der SPÖ verstärken. Bislang erzeugte die SPÖ noch Loyalität mit der Zuspitzung der Polarisierung gegen die FPÖ. Dieses Argument fällt weg, da nun die SPÖ selber mit der FPÖ zu koalieren bereit scheint. Noch bestehende soziale Netze werden sich auflösen. Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen über den 12-Stunden-Tag sind nur ein Vorge-

schmack. Ein Angriff auf Institutionen wie die Arbeiterkammer etc. ist nicht ausgeschlossen.

Eine solidarische Alternative fehlt

Der Niedergang der Sozialdemokratie hätte theoretisch das Feld für konsequente radikalreformerische oder gar antikapitalistische Kräfte öffnen können. Das ist nicht der Fall. Vielerorts in Mittel-, Nord- und Osteuropa tritt die populistische Rechte in das Vakuum und beginnt aktiv das gesellschaftliche Massenbewusstsein in ihrem reaktionären Sinne zu bearbeiten. Die Kräfte, die die kapitalistische Gesellschaft etwas sozialer organisieren oder sie gar überwinden wollen, sind in einer denkbar ungünstigen Situation.

Das große Drama in Österreich besteht darin, dass es keine solidarische, ökologische und demokratische oder gar antikapitalistische Alternative gibt. Es gibt keine Bewegung und keine Partei, die sich entschlossen auf die Seite der Lohnabhängigen, der Auszubildenden, der Studierenden, der MieterInnen, der MigrantInnen und aller Unterdrückten stellt.

Die gesellschaftliche und politische Linke in Österreich ist in einem schlechten Zustand. Mit Ausnahme der KPÖ in Graz, hat keine Organisation es auch nur ansatzweise geschafft, sich gesellschaftlich zu verankern und ein gewisses Gewicht zu verschaffen. Die KP Steiermark hat bewiesen, dass es einer langfristigen und langwierigen Aufbauarbeit bedarf.

Die unterschiedlichen linken Bündnisse in Wien (u.a. ANDAS – Wien Anders) haben im Laufe der letzten Jahre wichtige gesellschaftliche Anliegen vertreten, doch ihr Einfluss hat kaum je über die engen Grenzen kritischer intellektueller städtischer Milieus hinausgereicht.

Das Projekt Aufbruch löste im Frühjahr 2016 große Hoffnungen und Erwartungen auf einen Neuformierungsprozess einer kämpferischen solidarischen linken Kraft aus. Doch leider hat es Aufbruch nur ansatzweise geschafft, den

Schwung, den die Konferenz vom 4. Juni 2016 beförderte, in ein fundiertes österreichweites Organisationsprojekt zu überführen. Es gelang nicht einen offenen Diskussionsprozess über die grundlegende Orientierung der Organisation zu eröffnen und zu führen. Das rächt sich jetzt. Aufbruch ist nicht gewappnet für die schwierigen Herausforderungen. Viele Diskussionen scheinen in kleinen Zirkeln geführt zu werden, an denen sich Interessierte außerhalb Wiens kaum beteiligen können. Innerhalb von Aufbruch scheint bisweilen die Illusion zu bestehen, eine spritzige Kampagne reiche, um die Menschen anzusprechen und eine Organisation aufzubauen. Man könne gewissermaßen auf einer Welle des gesellschaftlichen Aufbruchs reiten. Dem ist nicht so. Der Aufbau einer politischen Organisation ist viel langwieriger und im Laufe des Aufbauprozesses sind immer auch schwierige und klärende Debatten zu führen. Solche Debatten helfen aber, das Profil zu schärfen. Aufbruch hat es bislang fast systematisch vermieden, solche klärenden Debatten zu führen.

Die Linke in Österreich ist nicht nur schwach, sondern regional auch sehr ungleich aufgestellt. Jenseits von Wien und Graz gibt es kaum breitere kritische urbane Milieus. Keine kritische oder gar antikapitalistische Kraft verfügt auch nur ansatzweise über eine Verankerung in größeren Betrieben. Gewerkschaftliche Diskussionen finden weitgehend ohne antikapitalistische Stimmen statt. Jenseits von Graz und Wien gibt es auch keine organisatorischen Kerne – weder die KPÖ noch irgendeine andere Gruppierung ist in der Lage politische Initiativen zu ergreifen und breitenwirksame Kampagnen zu führen, weder auf lokaler Ebene noch auf bestimmten Sachfragen. Die Schwäche der Linken ist dramatisch.

Da viele Erfahrungen und Lehren der vergangenen ArbeiterInnenbewegung und früherer Kämpfe vergessen wurden, ist nichts mehr selbstverständlich. Es gibt keine Abwehrreflexe, keine theoretischen

Bezugspunkte, keine Haltelinien. Da es kaum Organisationen gibt, fehlt auch so etwas wie ein kollektives Gedächtnis. Die Intellektuellen an Universitäten können das nicht ersetzen. Im Gegenteil, sie tragen zur Individualisierung der Wissensproduktion und Erfahrungsverarbeitung bei. Sie präsentieren sich lieber als respektable und kritische Individuen, als dass sie sich den Mühen einer oft verborgenen und kleinteiligen Arbeit eines Organisationsaufbaus unterziehen.

Neu organisieren, auch an Wahlen

Wahlen sind üblicherweise Momente erhöhter politischer Sensibilität in der Bevölkerung. Wahlen bieten auch antikapitalistischen Kräften jeweils eine Gelegenheit in Diskussion mit größeren Teilen der Bevölkerung zu kommen. Das geschieht aber nur, wenn diese Organisationen in der Lage sind, einigermaßen wirksame Wahlkämpfe zu führen. Diese Linke ist organisatorisch zersplittert oder gar nicht organisiert. Das sind denkbar schlechte Voraussetzungen für einen Wahlkampf.

Die KP Graz vertritt wohl die Linie, die KPÖ solle in ganz Österreich bei den Nationalratswahlen antreten. Das ist zwar gut nachvollziehbar, da sich keine andere Kraft auch nur annähernd eine ähnlich starke gesellschaftliche Verankerung erarbeitet hat. Dennoch wäre das unter dem Gesichtspunkt der Kräfteverhältnisse zwischen Arbeit und Kapital ein Fehler. Denn die Organisationskerne der KPÖ sind in allen Bundesländern, außer eben in der Steiermark, ebenfalls sehr schwach, kaum stärker als jene von Aufbruch oder anderen Initiativen. Die KPÖ wird es alleine nicht schaffen, sich als attraktiven Pol darzustellen. Doch auch alle anderen Projekte, namentlich Aufbruch, sind weit von diesem Ziel entfernt. Erschwerend kommt hinzu, dass die politischen Konstellationen in den Bundesländern ziemlich unterschiedlich sind. Keine Kraft kann einen Alleinvertretungsanspruch für eine solidarische

Alternative anmelden, geschweige denn durchsetzen. Wer das tut, diskreditiert sich.

Wir sprechen uns dafür aus, die Zusammenarbeit von Aufbruch und KPÖ zu entwickeln und vertiefen. Das gilt bei Sachfragen, Kampagnen und Wahlen. In dieser Situation der Schwäche und regional ungleicher Voraussetzungen wäre eine bundesweite Bündnisliste die angemessenste Variante.

Wir denken, dass die KP Steiermark eine Verantwortung für die Linke weit über die Grenzen von Graz bzw. der Steiermark hinaus trägt, weil sie so stark und anerkannt ist. Eine gemeinsame Liste könnte durchaus eine kleine Dynamik auslösen und der breiten Öffentlichkeit zeigen, dass es eine, obgleich bescheidene Kraft, jenseits von Sozialliberalen, Neoliberalen, Nationalliberalen, Liberalkonservativen und Nationalkonservativen gibt. Relevant wäre aber der mittelfristige Effekt über die Wahlen hinaus. Man könnte sich in die Lage versetzen, einen solidarischen und kämpferischen Pol aufzubauen. Dazu muss man in der breiten Gesellschaft sichtbar sein. Das heißt das Projekt "Einheitsliste" zielt vor allem auf den mittelfristigen und längerfristigen Aufbau eines Widerstandspols gegen den neoliberalen und nationalliberalen Durchmarsch mit seiner Ideologie der verallgemeinerten Konkurrenz.

Aufbruch könnte sich aktiv in eine derartige Kampagne einbringen, sie in einigen Orten vielleicht sogar tragen. Aufbruch könnte im Zuge dieser Kampagne an inhaltlicher Kompetenz und Kohärenz zulegen, was wiederum für die gesamte Linke nützlich wäre. Die KPÖ könnte überall ihre eigene Kampagne führen und in jenen Regionen, wo sie verankert ist, auch wirklich eine gesellschaftliche Breitenwirkung erzielen.

Warum eine offene KPÖ-Liste keine gute Option ist

Verschiedene Personen und Teile der KPÖ schlagen eine offene KPÖ-Liste vor. Auf dieser KPÖ-Liste könnten dann Personen von

Aufbruch und weitere Interessierte kandidieren. Mehrere Gründe sprechen gegen diesen Vorschlag:

Die KPÖ ist Teil einer politischen Tradition, die dazu beigetragen hat, die Perspektive einer Selbstemanzipation der Lohnabhängigen auf Jahrzehnte zu diskreditieren. Noch immer vermag sich die KPÖ nicht vom Erbe der stalinistisch-bürokratischen Diktaturen zu lösen. Die KP Steiermark vertritt weiterhin politische Konzepte, die nicht in Richtung Selbstemanzipation der Lohnabhängigen und Ausgebeuteten zielen, sondern die Partei als Ersatz für Selbsttätigkeit betrachtet. Die KPÖ und besonders die KP Steiermark hängen weiterhin einem geopolitischen Blockdenken an, das dazu führt, sich nicht bedingungslos auf die Seite der Entrechteten und Unterdrückten, wo auch immer, zu stellen, sondern auf die Seite von repressiven Regimes, weil sie sich geopolitisch dem westlichen Imperialismus entgegenstellen. Solche Positionierungen bieten keine solide Grundlage für einen längerfristigen Neuzusammensetzungsprozess einer solidarischen und antikapitalistischen Kraft.

Eine offene KPÖ-Liste ist für Aufbruch keine sinnvolle Option. Aufbruch und allenfalls unterstützende Gruppierungen und Individuen würden damit zum schlichten Anhängsel der KPÖ degradiert. Aufbruch würde das Ziel eines eigenständigen Profils gegenüber einer breiteren Bevölkerung tendenziell aufgeben. Aus Sicht von Aufbruch würde eine offene KPÖ-Liste bedeuten, dass Aufbruch seinen Anspruch als Organisation gemeinsam einzugreifen, letztlich bereits aufgegeben hat, bevor das Projekt überhaupt Fahrt aufnehmen konnte. Es würde darauf hinauslaufen, dass einzelne profilierte Individuen von der KPÖ auf ihrer Liste adoptiert würden. Damit würde die Perspektive der Neuformierung einer kämpferischen antikapitalistischen Kraft bereits aufgegeben. Die Zentrifugaltendenzen nähmen zu und die Wahrscheinlichkeit, dass Aufbruch bald scheitern wird, vergrößerte sich deutlich. Wir würden eine offene KPÖ-Liste nicht

aktiv unterstützen. Die KPÖ müsste in diesem Fall den Wahlkampf alleine tragen.

Selbstverständlich ist die große Arbeit und Verankerung der KPÖ in der Steiermark anzuerkennen. Sie hat es als einzige Kraft verstanden, eine Basis gegen die neoliberale und reaktionäre Dampfwalze nicht nur zu verteidigen, sondern sogar auszubauen. Eine intensivere Zusammenarbeit könnte einen gegenseitigen und gemeinsamen Lernprozess fördern.

Für eine Einheitsliste KPÖ-Aufbruch

Trotz politischer Differenzen und kultureller Unterschiede halten wir eine gemeinsame Liste KPÖ-Aufbruch-Andere für sinnvoll und möglich. Neben gemeinsamem Wahlmaterial könnte jede Organisation weiterhin völlig autonom ihre eigene Kampagne führen. Alle Beteiligten könnten ihre Projekte fortsetzen, allerdings natürlich mit gegenseitigen Absprachen. Eine gemeinsame Liste von KPÖ-Aufbruch und allenfalls weiteren PartnerInnen böte die Grundlage für einen ernsthaften Diskussionsprozess, der auch die Wahlen überdauern könnte. Es geht ja nicht nur um einen gemeinsamen Wahlauftritt, sondern darum, kampagnen- und initiativfähig in konkreten Auseinandersetzungen zu werden. Ein Beispiel ist die von der KPÖ lancierte Kampagne "Wohnen darf nicht arm machen!". Aufbruch sollte diese Kampagne ohne zu zögern unterstützen und mit eigenem Material in Kontakt mit den Menschen in den Wohnvierteln treten. Der Widerstand gegen die 12-Stunden-Woche, die Arbeitszeitflexibilisierung, den Abbau bei den Sozialversicherungen und die Verschlechterungen der Schulen (u.a. an die Schulen delegierte Mangelverwaltung, größere Klassen) könnte durch einen gemeinsamen Auftritt von KPÖ, Aufbruch und anderen ebenfalls gestärkt werden. Die KPÖ mit ihrer Erfahrung und Aufbruch mit seinen neuen AktivistInnen tragen eine politische Verantwortung. Sie kommen dieser Ver-

antwortung nach, wenn sie bei den kommenden Nationalratswahlen am 15. Oktober einen gemeinsamen Pol bilden. Eine offene Einheitsliste KPÖ-Aufbruch kann ein wichtiges Signal für kritische GewerkschafterInnen, Aktive in Wohnkampagnen, Stadtteilinitiativen und Umweltbewegungen, globalisierungskritischen Gruppierungen, in Attac und EU-kritischen Gruppen sein, dass ihre Aktivitäten doch noch gemeinsame Ausdrucksformen finden. Gelingt es einen solchen konsequenten Pol zu entwickeln, ist auch ein respektables Wahlergebnis möglich. Doch der zentrale Grund für die Einheitsliste ist nicht das Wahlergebnis, sondern der mittelfristige Aufbau eines

Widerstandspotentials und eines antikapitalistischen Pols in einer künftig sehr schwierigen Zeit. KPÖ und Aufbruch tragen eine Verantwortung, wir möchten dazu beitragen, dass sie sich dieser auch stellen.

Wir selber wollen eine initiativ- und kampagnenfähige Aufbruch-Gruppe in Salzburg im Rahmen von Aufbruch Österreich aufbauen. Das ist schwierig und langwierig. Wir wollen diesen Aufbauprozess offen vorantreiben. Offen heißt, wir wollen uns nicht gegenüber anderen Kräften abgrenzen, sondern immer gemeinsame Aktionsperspektiven ausloten. Zugleich wollen wir durch Bildungs- und Diskuss-

sionsprogramme den kollektiven Wissens- und Erfahrungsschatz erweitern. Offene und gemeinsame Lernprozesse werden uns voranbringen. Das heißt aber auch, politische Klärungen sind Schritt für Schritt voranzutreiben, auch mit dem Risiko, dass diese Klärungen Konflikte mit sich bringen. Diese Klärungen und Konflikte bringen uns jedoch weiter und erlauben uns, die Arbeit auf stabileres inhaltliches Fundament zu stellen. (gek.)

Volltext: <http://www.aufbruch-salzburg.org/widerstand-gegen-rechte-offensive-vorbereiten-fuer-eine-einheitsliste-kpoe-aufbruch/>

Online Petitionen gegen Wachstum als Staatsziel

Protest der Aktiven Arbeitslosen

„Geradezu in einer Panikreaktion als Antwort auf ein Gerichtsurteil hat die Unternehmerpartei die SPÖ noch vor den nächsten Wahlen erpresst, um durch eine Verfassungsänderung den kapitalistischen Wachstums- und Wettbewerbszwang mit Gewalt allen Menschen aufzuzwingen“ zeigt sich Aktive Arbeitslose Österreich Obmann Martin Mair über den Selbstverrat der ehemaligen Arbeiterpartei SPÖ erbost und insbesondere enttäuscht darüber „dass sich laut Standard sogar der ÖGB als Sozialpartnergewerkschaft nun voll dem Diktat der Wirtschaft unterwirft und mit seiner Zustimmung auf ArbeitnehmerInnenrechte und auf die einst hoch gehaltene internationale Solidarität verzichtet.“

Die Anlassgesetzgebung wird zum Normalfall

Als Antwort auf ein Urteil des

Bundesverwaltungsgerichts, dass die Dritte Piste des Flughafen Schwechat mit dem Umweltschutz als Staatsziel unvereinbar sei und nicht genehmigt wird, hat die rot-schwarze Koalition am 17. Mai 2017 einen Antrag eingebracht, mit dem das „Bundesverfassungsgesetz über die Nachhaltigkeit, den Tierschutz, den umfassenden Umweltschutz, die Sicherstellung der Wasser- und Lebensmittelversorgung und die Forschung“ durch die Ergänzung der Ziele „Wachstum, Beschäftigung und einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort“ in sein Gegenteil gewendet werden soll und zu einem sehr rudimentären „Staatsziel-Gesetz“ umbenannt wird. Soziale Menschenrechte beispielsweise (kostenlose Bildung, Gesundheit, frei gewählte Erwerbsarbeit für Alle, soziale Sicherheit usw.) bleiben dabei weiterhin ausgespart. Das Volk wird so der immer autoritärer werdenden Wirtschaft untergeordnet.

Der wahre „Kern“ von Plan A - Alles für die Wirtschaft?

Das Dogma vom Wirtschaftswachstum bedeutet konkret für uns als BürgerInnen und Arbeit-

nehmerInnen:

1 Wachsender Konkurrenz- und Leistungsdruck in der Arbeit, der über vermehrte Krankenstände bis zum Burn-Out und zur Invalidität führen kann. Das bedeutet oft Verlust des Lohnarbeitsverhältnisses und in weiterer Folge ein Leben in Armut und sozialer Ausgrenzung!

2. Vermehrtes Abdrängen von ArbeitnehmerInnen in prekäre Beschäftigungen (Teilzeitarbeit) und Niedriglöhne sowie Vernichtung von Erwerbsarbeitsplätzen durch Rationalisierung (Industrie 4.0 und Arbeit 4.0), damit die ohnehin schon hohen Unternehmensgewinne und Kapitaleinkommen weiter steigen.

3. Unterwerfung von immer mehr Lebensbereichen unter die Verwertungslogik des Kapitals, was zu massiven Preissteigerungen und mehr Arbeitsdruck führt (z.B. Pflege!) - ein Ausruhen und Genießen des eigenen Lebens wird immer unmöglicher.

4. Vermehrte „Privatisierung“ von Gemeingütern und gesellschaftlichen Ressourcen (Infrastruktur) führt zu massiven Preisssteigerungen (siehe Mieten!)

5. Verschlechterung der Qua-

lität und Verkürzung der Lebensdauer von Produkten ("geplante Obsoleszenz") führt zu erhöhten Ausgaben, weil immer öfter Sachen neu gekauft werden müssen.

6. Druck zu vermehrtem individualisiertem Konsum = steigende Verschwendung von Ressourcen und erhöhte Umweltverschmutzung aufgrund von Massenwegwerfprodukten.

Die Gewinne des Wirtschaftswachstums kommen also dank technischer Rationalisierung, Globalisierung und neoliberaler Politik schon seit Jahren fast ausschließlich den oberen 1% zugute, während die große Mehrheit vor allem die Nachteile davon hinnehmen muß!

Gegen die Entrechtung von Mensch und Umwelt

Mit einer Online-Petition fordern Aktive Arbeitslose Österreich den sofortigen Stopp dieses Anschlags auf die Grund- und Menschenrechte der Bevölkerung und der Unterordnung von allem und jedem unter das Diktat des Kapitals. Stattdessen sollen endlich die sozialen Menschenrechte in Form des "Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte" sowie der "Europäischen Sozialcharta" in den Verfassungsrang gehoben werden!

Mit welcher Brutalität Gewinninteressen der Konzerne auf Kosten der Bevölkerung und Umwelt durchgedrückt werden, zeigt auch der aktuelle Kampf gegen das umstrittene Murkraftwerk Graz-Puntigam – das wegen seiner Umweltzerstörung nur mit einer schwindligen Ausnahmebestimmung durchgepeitscht werden konnte – sowie den Zentralen Speicherkanal, wo die Landesenergiekonzern EStAG nicht einmal davor zurück schreckt, gewaltlose Demonstranten und NGO-Pressefotografen zu kriminalisieren und auf Kosten der SteuerzahlerInnen und KundInnen

nen eine Propagandaschlacht sondergleichen führt.

Ebenso sind die Einschränkungen der Demonstrationsfreiheit und Verschärfungen im Strafgesetzbuch ("Staatsfeindeparagraf") als Mittel zur Durchsetzung des Diktats von Kapital und Staat zu sehen. Die Freiheit aller ist also in Gefahr!

(Aussendung Aktive Arbeitslose)

Petition

<https://www.openpetition.de/!staatsziel>

Text Koalitionsantrag

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/A/A_02172/index.shtml

Kommt Überwachungs-paket trotz Regierungskrise?

Aktionsideen von epicenter.works

Der Justizminister und neue Vizekanzler Wolfgang Brandstetter wird nicht müde zu betonen, dass er den Bundestrojaner in Österreich einführen möchte, auch wenn er ihn nicht so nennen will. Mit der Einführung dieser staatlichen Spionagesoftware werden mit unserem Steuergeld Sicherheitslücke wie jene finanziert, die mit der Erpressungssoftware WannaCry zum Ausfall von Krankenhäusern und Bahnverkehr geführt haben. Erst kürzlich hat Brandstetter für mehr Internetüberwachung plädiert. Wir fordern daher ein generelles Verbot staatlicher Spionagesoftware. Auch an einer Neuregelung für die Vorratsdatenspeicherung hält er fest. Beide Punkte seien bereits in Abstimmung mit dem Koalitionspartner.

Mit der bereits beschlossenen Einschränkung der Versammlungsfreiheit, die noch dazu mit irreführenden Zahlen begründet

wurde, und der Schaffung eines Gesinnungsstraftatbestandes für "staatsfeindliche Bewegungen" hat die Regierungskoalition gezeigt, dass sie bereit ist, unsere Grundrechte zu missachten. Anstatt das "freie Spiel der Kräfte" im Parlament für eine Stärkung der Demokratie zu nutzen, wie wir das gefordert haben, wird weiterhin an der Demontage unserer Freiheitsrechte gearbeitet.

Innenminister Sobotka will unbedingt weitreichende Videoüberwachung und die automatische Erfassung von Autokennzeichen auf Österreichs Straßen umsetzen. Auch ÖVP-Justizsprecherin Michaela Steinacker hat erst am Dienstag vergangener Woche im Parlament gesagt, dass diese Punkte bald im Justizausschuss behandelt werden. Die Gesetzestexte seien seit März fertig, hat der Innenminister ein paar Tage davor auf seiner Facebook-Seite betont.

Gemeinsam können wir das Überwachungspaket zu verhindern! Komm zu den Stammtischen in deiner Umgebung! In ganz Österreich formieren sich derzeit regionale Gruppen, die für eine grundrechtsbasierte Sicherheitspolitik eintreten. Dort bekommst du alle nötigen Infos, Material (Sticker, Flyer etc.) und triffst Gleichgesinnte, mit denen du gemeinsame Aktivitäten gegen das Überwachungspaket diskutieren und planen kannst. Die Termine findest du hier: <https://epicenter.works/stammtische>

Ruf die Hotline 0720 20 50 88 an! Nutze die Kontaktmöglichkeiten auf ueberwachungspaket.at, um Regierungsmitglieder und Abgeordnete zu überzeugen gegen das Überwachungspaket aufzutreten oder sag ihnen, dass du mit diesen Vorhaben nicht einverstanden bist. Argumente findest du auf unserer Plattform: <https://ueberwachungspaket.at>

(Aussendung epicenter.works/gek.)

Widerstands-Chronik

Hausbesetzung — Am 16. Mai beendete die Polizei wieder mal eine Hausbesetzung in Wien, diesmal in der Jagdschlossgasse in Hietzing. Zwölf Tage lang war das Gebäude belebt und kulturell genutzt worden, die meiste Zeit, ohne es groß öffentlich hinauszuposaunen. Am 16. Mai wurde das Haus wegen der drohenden Räumung durch die Polizei verlassen. Mehr Informationen stehen auf: <http://evora.noblogs.org>.

AG-Postings — Als Reaktion auf den Nationalsozialismus verharmlosende, antisemitische, behindertenfeindliche, frauenverachtende, sexistische, rassistische und gegen Muslim*innen hetzende Internetpostings von Funktionär*innen der ÖVP-Studierendenorganisation AG am Juridicum veranstaltete die jüdische österreichische Hochschüler*innenschaft am 16. Mai neben dem Juridicum eine Kundgebung gegen Diskriminierung an der Universität. 130 Personen nahmen daran teil. 35-minütige Kundgebungsdokumentation: <https://cba.fro.at/341804>

IDAHOT — Am 17. Mai zogen rund 180 Personen anlässlich des internationalen Tags gegen Homo-, Bi-, Trans- und Interphobie #IDAHOT über die Mariahilfer Straße zum Platz der Menschenrechte. Doku der Abschlusskundgebung (14min): <https://cba.fro.at/341294>

Afghanistan-Abschiebungen — Am 20. Mai beteiligten sich 1000-1300 Personen an einer Demo gegen Abschiebungen nach Afghanistan. Gestern, Dienstag,

30. Mai kam es zu einer weiteren Aktion vor dem Polizeianhaltezentrum — allerdings vergebens, weil die Flüchtlinge bereits nach Schwechat gebracht worden waren und mittlerweile wahrscheinlich abgeschoben sind.

<https://www.facebook.com/events/1923907134491220> oder <http://tinyurl.com/akin13AFG>

Hashtag: #StopVieAfg

Hadersdorf — Die Initiative “Gedenken Hadersdorf am Kamp” will auch weiterhin ein würdiges Gedenken der Ermordeten als politische Gefangene erreichen. Nun stellte sie einen Offenen Brief an die Bürgermeisterin zur Unterzeichnung ins Netz: <https://www.facebook.com/Gedenken-Hadersdorf-am-Kamp-1039514396150335/> oder <http://tinyurl.com/akin13HAD>

Postfaktisches — Am Postamt 1022 kam es letzte Woche zu einem “Ringenspiel”, wie das ein dort Bediensteter es charakterisierte. Eine Gruppe von Menschen gab sechzig mal immer das gleiche Poststück auf. Der Hintergrund: Die Erhöhung der Postgebühren (unter der auch die akin zu leiden hat) führte dazu, daß die absurde Situation entstand, daß es bei manchen Massensendung billiger ist, jedes Stück einzeln am Schalter abzugeben. Und so organisierte Gerald Grassl für seine Literaturzeitschrift “Tarantel” bewußtes Ringenspiel. Was von der Post noch ein wenig extra verkompliziert wurde, da dort auch keine Briefmarken mehr erhältlich waren. Videobericht von Renate Sassmann: https://youtu.be/8DEbB86_PR4 (*nochrachten.net/akin*)

Kommentierte Presseschau

Starke Männer

“In Zeiten, in denen die Europäer und Amerikaner einen Roosevelt, Churchill, de Gaulle oder Adenauer brauchen würden, bekommen sie Cameron, Hollande und Trump. Die amerikanischen und die französischen Präsidentschaftswahlen haben drastisch vor Augen geführt, wie dünn die Personaldecke für das höchste Staatsamt selbst in alten Demokratien ist.” So schreibt das Stephan Bierling in der NZZ. “Kraftvolle politische Gestalter haben in diesen Zeiten keine Konjunktur. Wo Freiheit, Demokratie und Frieden selbstverständlich

sind, wo Selfie, Körperkult und Infantilität dominieren, braucht es keine Leidenschaft und keine Vision – die wichtigsten Merkmale einer politischen Führungspersönlichkeit.” Und: “In ruhigen Zeiten ist der Mangel an politischen Führungspersönlichkeiten in den Staaten des Westens kein grosses Problem. Vollblutpolitiker benötigen sie dann nicht, es reichen Verwalter der Macht. Aber heute, wo Demokratie, Freiheit und Frieden gefährdet sind, wo Automatisierung, Robotik und künstliche Intelligenz die Arbeitswelt revolutionieren, wo Parteien ihre weltanschauliche Bindewirkung verlieren und Stammwähler aussterben, sind charismatische Politiker nötiger denn je. Allein sie können die schalen Rezepte der Populisten

entlarven, die verunsicherten Bürger vom Wert der Demokratie überzeugen und den Westen im Kampf gegen seine Feinde zusammenhalten.”

Dieser Kommentar kann sich in einer breiten Öffentlichkeit des Applauses sicher sein — auch von links, gerade hierzulande würden viele zur Liste der hier so vorteilhaften gezeichneten Politiker des 20. Jahrhunderts ganz selbstverständlich Bruno Kreisky zählen. Aber sollte man da mal nicht kurz innehalten? War da nicht neulich in den Medien zu lesen, daß sich so erschreckend viele Prozent der Bevölkerung hierzulande wieder einen “starken Mann” an der Spitze des Staates wünschen? Natürlich: Interpretiert wird daß immer so, daß sie einen neuen kleinen Hitler

wollten, aber stimmt das auch? Was wünscht sich dieser NZZ-Kommentator? Charismatiker, die Populisten entlarven können! Aber was ist denn der genaue Unterschied zwischen Charismatikern und Populisten? Außer, daß Bierling die einen an der Macht sehen möchte und die anderen nicht?

Einiges in diesem NZZ-Text ist sicher richtig: "Wer Weltkriege miterlebte, die Grosse Depression oder den Nationalsozialismus, ... musste den Blick auf die existenziellen Herausforderungen lenken. Es waren dramatische Zeiten, die Vollblutpolitiker wie Roosevelt und Co. gebaren, und es waren epochale Fragen, die sie zu entscheiden hatten." Aber heißt das: Diese Politiker sind noch durch Stahlgewitter gegangen und wurden so richtig harte Hunde, aber mit den heutigen verweichlichten Luschen ist kein Staat mehr zu machen? Wollen wir ausgerechnet mit dem Verweis auf den Schutz der Demokratie wieder mehr autoritäre Führer? Nein, ich danke, auch wenn das politische Personal in Österreich und auch sonst in Europa manchmal zum Heulen ist, sind mir die Luschen dann halt doch noch lieber als neue Fürsten.
<https://www.nzz.ch/meinung/ueberfordertes-politisches-fuehrungspersonal-cameron-statt-churchill-Id.1292838>

Österreich ist in der NATO?

Apropos Stahlhelm-Demokraten: "Der Kurs der NATO kann doch nicht von einer islamistischen Diktatur bestimmt werden. Die NATO-Führung muss sich entscheiden: Österreich oder die Türkei. Und ohne Österreich, das für die Einhaltung der Menschenrechte und für die Verteidigung des Rechtsstaats eintritt, fällt die politische Legitimation des Nordatlantikkpakts weg." So wird Peter Pilz in der "Krone" zitiert. Na gut, das ist die Krone, da müssen Zitate nicht ganz korrekt sein. Aber auf Facebook schreibt Pilz: "Die NATO-Spitze setzt auf Appeasement. Sie

hat sich für das islamistische Regime und gegen ein EU-Mitglied entschieden. Damit stellt sich eine Frage: Was haben wir noch in dieser NATO verloren, die Kritik am Kurs des türkischen Führers sanktionieren lässt? Wenn die NATO nach der türkischen Pfeife tanzt, ist unser Weg klar: hinaus."

Das ist schon bemerkenswert. Ja, natürlich, das mit der Neutralität ist in Österreich sowieso schon länger mehr Folklore als Realverfassung, aber daß dieser Staat so richtig in der NATO wäre, ist schon neu. Klar, Österreich ist spätestens seit der "Partnership for Peace" schwerst mit der NATO verbandelt. Aber Pilz kritisiert diese Tatsache ja nicht, sondern zeigt sich bitter enttäuscht über die Politik des Transatlantikkpakts. Und nur deswegen will er raus aus der NATO: "Die Bedeutung eines österreichischen Austritts liegt in der Sicherheitspolitik: als klares Signal, dass auch in der Sicherheit die österreichische Zukunft nur in Europa liegt."

Pilzens Schlingerkurs zwischen NATO-Befürworter und -Gegner währt jetzt schon Jahrzehnte. Mal sah er die Neutralität gefährdet, dann wieder die militärische Sicherheit und manchmal auch die EU-Mitgliedschaft. Was Pilz will — und damit die Grünen, die ihrem Sicherheitssprecher da immer völlig freie Hand lassen — ist ein neutrales Österreich in einem neutralen EU-Militärbündnis, das wiederum Teil einer ebenso neutralen Menschenrechts-NATO ist. Also warme Eislutscher, frisch aus der Kühlbox mit Heizspirale. Die Grünen können wirklich froh sein, daß ihre Wählerschaft sich schon lange nicht mehr für Militärpolitik interessiert.

<http://www.krone.at/oesterreich/lopatka-und-pilz-drohen-nato-mit-riesenwirbel-streit-mit-tuerkei-story-571039>

<https://www.facebook.com/peterpilz/posts/1416236335086842>

Kurz-Bezeichnung

Auch die ÖVP verwirrt gerade ihren Anhang ziemlich. Ist die Liste Kurz jetzt noch die ÖVP oder nicht? Nun, trotz der Nebelgranaten wird es wohl immer noch die selbe ÖVP sein. Schon Wolfgang Schüssel ließ einstens "Die neue ÖVP" verkünden — das ist allerdings schon 22 Jahre her, da kann man schon wiederum eine Runderneuerung machen. Realpolitisch wird Kurz aber genausowenig wie Schüssel auf die Bünde verzichten können, sonst hätte er nicht einmal eine Blasmusikkapelle bei seinen Auftritten in Ggitzpotschn und Umgebung. Und wenn die Liste Kurz nicht so toll abschneidet, wie die Umfragen jetzt verkünden, ist der neue Superstar schneller auf einen Posten als Frühstücksdirektor abgeschoben als er "Raiffeisen" sagen kann — und die ÖVP ist wieder die alte.

Allerdings kann die ÖVP sowieso nicht so einfach zur Kurz-Liste mutieren — weil trotz spendabler Unterstützer "aus der Wirtschaft" wird sie auf das Staats-Knödel nicht verzichten wollen. Der Standard, 16.5.2017: "Würde Kurz mit einer Liste antreten, die sich nicht mit der ÖVP identifiziert, fiel Letztere um die allgemeine Parteiförderung um. Diese bemisst sich am Wahlergebnis — und kann nur an eine angemeldete Partei fließen. Die ÖVP erhält unter diesem Titel seit der letzten Nationalratswahl 7,35 Millionen pro Jahr, dazu kommen 2,4 Millionen für die Parteiakademie." Und an der Wahlurne würde es auch schlecht aussehen: "Kurz & Co würden auf dem Stimmzettel nicht auf jenem zweiten Platz aufscheinen, den die ÖVP bei der Nationalratswahl 2013 errungen hat, sondern nach hinten rutschen." Man stelle sich vor: Irgendwo unten zwischen "TS" und "KPÖ" stünde dann eine obskure Liste mit der Kurzbezeichnung "LSK" — ob die den Einzug in den Nationalrat schaffen würde?

Eigentlich schade, daß sie das

nicht machen. Ich tät sonst gleich eine Partei anmelden, die sich für billigere Öffis einsetzt und Unterschriften sammeln gehen für diese "Öffentlicher-Verkehrs-Partei". Holpert sprachlich vielleicht ein bisschen, aber dafür könnte man dann sogar mit einem Geilomobil Werbung machen! Ja, ich hör ja schon auf...

<http://derstandard.at/2000057628698>

Sobotka-Effekt

"Wirklich gerne scheint über die ganze Geschichte niemand zu reden. Fest steht: In der Puls-4-Sendung 'Bist du deppert' wurde am Dienstag der vergangenen Woche eine Parodie auf Innenminister Wolfgang Sobotka (ÖVP)

gesendet. Wer diesen Teil nun im Internet nachsehen möchte, hat Pech – denn aus der Online-Version in der Puls-4-Mediathek wurde der Beitrag herausgeschnitten."

Warum? "Aus Wolfgang Sobotkas Büro heißt es am Freitag zum STANDARD: 'Wir haben beim Sender kundgetan, dass wir den Beitrag für unter der Gürtellinie erachten, weil Familienmitglieder dargestellt werden in einer Art und Weise, die wir nicht für richtig halten.' Was danach passiert ist, könne man nicht beurteilen." Das mit den Familienmitgliedern bezieht sich wohl auf Sobotkas Frau, die, von Gregor Seberg gespielt, allerdings als recht vernünftig und verfassungsrechtlich

versiert dargestellt wird — im Gegensatz zu ihrem Mann. Egal, offensichtlich reicht so ein Anruf vom Polizeiminister, um ein Offline-Stellen auch bei einem Privatsender zu erreichen.

Allerdings leben wir im 21. Jahrhundert. Und da sollte auch der Herr Minister schon was vom Streisand-Effekt gehört haben. Selbstverständlich lässt sich das Video noch finden. Kleiner Tip: Youtube aufrufen und nach "puls4 sobotka zensur" suchen lassen...

<http://derstandard.at/2000058305596/>

<https://kurier.at/kultur/puls4-nimmt-satirebeitrag-ueber-sobotka-offline/266.257.000>

https://youtu.be/_Tocdgt4Ukg

Zeitungsleser: -br-

Brasiliens blutgetränkte Erde

Das Jahr 2017 scheint als eines der blutigsten Zeiten in die Geschichte einzugehen seit Ende der brasilianischen Militärdiktatur 1985.

Nach den Massakern in Colniza (9 Ermordete), nach dem blutigen Angriff auf Mitglieder des indigenen Volkes der Gamela Ende April dieses Jahres, bei dem es zu Schussverletzungen kam und einem Indigenen wurden die Hände mit der Machete abgeschlagen, hat die Gewalt einen neuen traurigen Höhepunkt erreicht: Mittwoch, 24. Mai 2017, wurden 10 Kleinbauern (neun Männer und eine Frau) während eines Räumungsbefehl in Pau D'Arco, im amazonischen Bundesstaat Pará, von der lokalen Polizei regelrecht exekutiert.

Der Konflikt

Erst vor wenigen Monaten, am 21. Oktober 2016, kam es zu einer Zusammenkunft zwischen Vertretern der Kleinbauern und Beamten der Agrarreformbehörde INCRA in Marabá. An der Besprechung nahmen unter anderem auch der Ombudsmann für Agrarkonflikte, Gercino José da Silva Filho, sowie Aílson Silveira Machado, Sekretariat für Menschenrechte des Ministeriums für Justiz und Bürgerschaft, teil.

Der damalige lokale Leiter der INCRA, Claudeck Alves Ferreira, versprach den Kleinbauern, den Großgrundbesitzer zu kontaktieren und den Enteignungsprozess im Sinne der Agrarreform voranzutreiben. Allerdings forderte er von den Kleinbauern, das besetzte Gebiet zu verlassen, da es sonst nicht zu

einer Begutachtung und Enteignung kommen könnte.

Trotz dieser Situation hat der Richter aus Redenção diese Woche einen Räumungsbefehl ausgestellt. Dabei hat er die Orientierungsvorgaben der Ombudsstelle für Agrarkonflikte und der Justiz – die fordern ein speziell geschultes Einsatzkommando in solcher Situation, eine Regel, die nach dem Massaker vom 17. April 1996 von Eldorado dos Carajás, bei dem 19 landlose Kleinbauern von der Polizei erschossen worden waren, eingeführt worden war – missachtet und die lokale Polizei mit dem Räumungsbefehl beauftragt.

Neun Männer und eine Frau wurden so erschossen. Nach dem Massaker wurden die Leichname übereinander gestapelt auf einem offenen Pickup zur Obduktion in die Stadt Marabá (350km entfernt) gebracht. Eine Obduktion vor Ort, die näheren Aufschluss über das Massaker und das Vorgehen hätte geben können, wurde dadurch verhindert. Am 26. Mai in den frühen Morgenstunden wurden die sterblichen Überreste, in bereits verwesendem Zustand, den Zurückgebliebenen übergeben. Bekannte und Freunde der Ermordeten, die sich über Nacht vor dem Obduktionsgebäude versammelten, um der Toten zu gedenken und die Einbalsamierung der Körper forderten, hatten, wie es scheint, eine Vorahnung, was sie erwarten würde.

Die traurige Bilanz der auf dem Land Ermordeten steigt somit auf insgesamt 36 allein dieses Jahr. Im Jahr 2016 war es im gesamten Jahr zu 61 Ermordungen bei Landkonflikten gekommen, wie die Landpastorale CPT errechnet hatte.

(Thomas Bauer auf seinem Blog)

<https://tbauerblog.wordpress.com/2017/05/26/brasiliens-blutgetranke-erde/>

In eigener Sache

Betrifft: Archiv der FÖJ

Termine

Liebe LeserInnen, wie viele von Euch wissen, hat das Ludwig Boltzmann Institut für Geschichte und Gesellschaft (LBIGG) von November 2014 bis März 2017 ein zweiteiliges Projekt zur Sicherung und Aufarbeitung des Archivs der FÖJ durchgeführt. Finanziert durch den Zukunftsfonds der Republik Österreich und mit zusätzlicher Förderung durch den Nationalfonds der Republik Österreich konnte das gesamte Archiv – unter anderem Sitzungsprotokolle, Besprechungsberichte, Dokumente zu administrativen Belangen, Bildmaterialien, Zeitschriften und Flugblätter – nach wissenschaftlichen Kriterien geordnet, verwahrt und erschlossen werden. Zudem wurde die vollständige Digitalisierung des Bestands veranlasst. Die Originalmaterialien werden im September 2017 aus konservatorischen Gründen an das Wiener Stadt- und Landesarchiv übergeben, wo sie unter Einhaltung der geltenden Archivbestimmungen öffentlich zugänglich sein werden. Dies gilt auch für die Digitalisate, die jedoch nicht nur am Wiener Stadt- und Landesarchiv, sondern auch am LBIGG für die Forschung zur Verfügung stehen werden. Die Fahnen wurden bereits dem Wien Museum übergeben, die Plakate werden der Wienbibliothek oder dem Wiener Stadt- und Landesarchiv übergeben.

Wir sind uns bewusst, dass es im Bestand des Archivs auch personenbezogene Dokumente gibt, gehen jedoch davon aus, dass die Nutzung dieser Dokumente durch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zur Erforschung und Untermauerung der historischen Bedeutung der FÖJ beiträgt und somit prinzipiell im Interesse aller Mitglieder ist, vor allem auch deshalb, weil diese Dokumente ja aus unseren Reihen kommen. Sollte es in Einzelfällen jedoch begründete Bedenken hinsichtlich bestimmter personenbezogener Dokumente im Archivbestand geben, bitten wir Euch, uns bis Ende Juli 2017 per Email Bescheid zu geben (kurt.winterstein@gmx.at, renate.sassmann@chello.at). In diesen Fällen können punktuelle Einschränkungen geprüft werden.

All jenen, die das Projekt durch ihre Expertise unterstützt haben oder dem Archiv Dokumente aus ihren Privatbeständen überlassen haben, möchten wir an dieser Stelle einen großen Dank aussprechen. Weitere Materialien aus Vor- und Nachlässen (ehemaliger) Mitglieder der FÖJ werden nach wie vor gesammelt und können an das LBIGG im Original oder in digitaler Form übergeben werden.

Kurt Winterstein und Renate Sassmann

Anmerkung der Redaktion: Dieses FÖJ-Archiv ist nicht mit dem akin-Zeitschriftenarchiv zu verwechseln, das nach wie vor in unseren Räumlichkeiten verbleibt und hoffentlich bald wieder benutzbar sein wird.

Änderungen bitte uns bekanntzugeben! Telefonnummern ohne Vorwahl sind Wiener Festnetz-Nummern.

Ständiges

DEMOS

Critical Mass (aka Radldemo), <http://www.criticalmass.at/>; Wien, j 3. Freitag i Mon 16:30, Schwarzenbergplatz, 17h Abfahrt.; Graz, j letzt Freitag i Mon – 16:30 Südtirolerplatz; Innsbruck, j. letzt Freitag i Mon, 17:00, Maria-Theresien-Straße (Annasäule); Linz, j. letzt Freitag i Mon, Treffpunkt 16:30 Hauptplatz, Abfahrt 17h; Salzburg, j. letzt Freitag i Mon, 17h Kurpark vor Kongresshaus

Salzburg, jew. am ersten Samstag des Monats SLP-Kundgebungen gegen die radikalen AbtreibungsgegnerInnen, ab 10 Uhr vor dem Landeskrankenhaus /Müllner Seite ARCHIVE, INFOLÄDEN, BUCHHANDLUNGEN U.Ä.

INFOLÄDEN: Wels: 4600 Spitalhof 3, Tel.07242/910432; Mi, Do 14-18, Fr 14-22, Sa 11-14, infoladen-wels@liwest.at; Korneuburg: IL Kamtschatka Zivild.berat., Bücher, Zeitschr., j. 1.u.3. Mi i.Mon. 15,30-16,30. 2100 Laaer Str. 6; IL Linz: Treibsand Rudolfstr.17, Di, Fr, Sa 16 - 20h, <http://www.kv-treibsand.at/tf>; IL Salzburg: Lasserstr.26, Di+Do 16-20h, So 13-19h. infoladen.salzburg@gmx.net; IL Bregenz: AJZ Between, Bahnhofstr.47, [05574/44379, juzbuch@gmx.at](mailto:05574/44379_juzbuch@gmx.at)

EKH (1100, Wielandg. 2-4): Que(e)r Mittwochs-Beisl 18,30-24h. Infol.X: Mi-Do 14-20, Fr, Sa 14-22h. VOLXBibliothek Do 16-20 h. www.med-user.net/~ekh; HausBibliothek, Do 16-20h, www.med-user.net/~ekh/bibliothek.html

PrekärCafe .j. 1. Di im Monat 20h Disk.; ab 18h. 1010 Wipplingerstr.23/Stiegenabg.

Buchhandlung "Libreria Utopia". 1150, Preysingg. 26-28, Mo-Fr ab 15h, Sa ab 12h. [Infos radicalbookstore.com](http://infos.radicalbookstore.com)

Anarchistische Buchhandlung Wien, Oelweing. 36/5, 1150; Di & Mi, 18-20h & j. 1.&3. Sa i. Monat, 12-16:30

Anarchistische Bibliothek jed. Mo 18 - 20h oder nach Absprache. 1080 Lerchenfelder Str.124-126/Hof 3/Tür 1a, <http://a-bibliothek.org>

Archiv d. soz. Beweg., Mi u. Fr 17-20h, Kontakt www.bibliothek-von-unten.org, archiv.wien@gmx.at, 1010 Wipplingerstr. 23

Marxer Lesestube (Zeitungen, Sachbücher) Do 17-18h, auch vorher und nachher. 1030 Marxerg. 18 (Ecke Gärtnerstr.), Tel. 0681 1027-8815

ARBEITSLOSE

aha - Arbeitslose helfen Arbeitslose: 2. oder 1. Do. im Monat, Khevenhüllerstr. 4, 4020 Linz <http://www.vereinaha.at/Infoabende.htm>

"Aktive Arbeitslose Österreich": Offenes Treffen mit Beratung jeden 4. Do ab 16 Uhr Café Müller, Payerg. 14/Yppenplatz 2, 1160; Szbg-Regionalgruppe: J. 4. Mi. i. Monat, Beisl im ABZ, Kirchenstraße 34, Salzburg. Telef. Beratung 0676 3548310, <http://www.aktive-arbeitslose.at>. Online-Rechtsinformation: <http://www.arbeitslosen-netz.org>

AMSand, Beratung jeden Donnerstags, 18-20h, Amerlinghaus, Stiftgasse 8, 1070, <http://amsand.net>

AMSEL: J. 2. Do (werktags) von 17-20h im Infoladen Schwarzes Radieschen Steinfeldgasse 2, 8020 Graz <http://www.amsel-org.info>

"Zum Alten Eisen?", Do ab 16:30, Cafe Siebenbrunnen, 1050, Siebenbrunnenplatz <http://www.zum-alten-eisen.at>, T 0650/92 06 731

FRAUEN:

FLMZ, Währingerstr. 59/St.6, 1090, Eingang Prechtlgasse, T+F 4085057, Plenum: j. 1. Do, 18:30, 2. St.; FZ-Beisl: Do-Sa ab 19h, Plenum: j. 2. u. 4. Di 18h, j. 3. Do, 20h; Kitschfilmabend; ARGE Dicke Weiber, jed. 2. Fr, 17:30; T4028754; Beratungs-, Therapie- & Bildungszentr.f. Immigrantinnen, T4086119, <http://www.peregrina.at>; V. Förderung femin. Handwerkerinnen, T4084443

Frauensolidarität, feministisch-entwicklungspolitisch: Bibliothek & Dokumentation 1090 Senseng. 3, Tel. 3174020-400, Öffnungszeiten Mo-Di 9-17h, Mi-Do 9-19h, Fr 9-14h. [netz: www.frauensolidaritaet.org](http://www.frauensolidaritaet.org)

Archiv der Frauen- u. Lesbenbewegung Stichwort, 1040 Gusshausstr. 20/1A+B, Tel. 812 98 86, e-mail: office@stichwort.or.at, geöffnet Mo + Di 9-14h, Do 14-19

FRIEDEN

Arge WDV, argewdv@verweigert.at, 535 91 09, Fax 5327416. 1010 Schotteng. 3a/1/4/59. Wehrdienstverweig. u. Zivild.berat. Mo 18h, Deserteurs- u. Flüchtl.berat. Mi 18h; www.deserteursberatung.at/; Tel. 533 72 71; Rechtsberatung bei dring. Fällen: 0699/ 112 25 867, solidaritaetsgruppe@chello.at

Wr.Friedensbew., Plenum jed. 1. Di. i. Mon. 19h, Lokal Rotpunkt, 1050 Reiprechtsdorfer Str. 6

Solidar-Werkstatt (vormals friwe), Waltherrstr. 15, 4020 Linz, T. 0732/771094, F. 0732/797391, office@solidarwerkstatt.at, <http://www.solidarwerkstatt.at>

Internat. Versöhnungsbund lädt www.versoehnungsbund.at; Tel. 408 5332, 1080 Ledererg. 23/3/27

PARTEIEN

SLP: 1200 Pappenheimg. 2/1, T.

5246310, F. 5246311; Termine unter www.slp.at, Treffen: SLP-West jew. Mo. 18,30 Buchh. Libreria Utopia 1150 Preysingg. 26-28, Brigittenau West, Do 19h im SLP-Büro 1200 Pappenheimg. 2/1, Brigittenau Ost, Die 18,30 im SLP-Büro, Graz, Die, 19h Rest.Rondo, Marienplatz 1, Linz, Die, 18,30, Alte Welt, Hauptpl. 4; Szbg, Mo 19h, Shakespear, Hubert-Sattler-G. 3/Mirabellplatz; NÖ und Tirol: unregelmäßig, Infos.slp@slp.at, Gmunden jew. Fr, 17h im Einkaufspark, Habert Cafe

KPÖ: Linz, Treffpunkt Cafe KPÖ, Mi 18h, Melicharstr. 8

Polit. Bezirksini. PolDi-Politik Direkt am 1. oder 2. Mo im Mon, 19h Uhr, Cafe Sperlhof, 1020 Große Sperl. 41. <http://poldi.mond.at>, Nachfragen: 319 44 86 o. poldi.news@mond.at

SONSTIGES

LICRA - Internat. Liga gg. Rassismus & Antisem., NGO, Jour fixe j. 1. und 3. Mo im Mo, 19:30, Rep.Club, 1010, Rockhg. 1/Cafe Hebenstreit

WILI-Wr. Lehr.In. Inj. j. 1. Mi. 19:30 KIV, 1020 Odeong. 1/Gr. Mohreng. Wuk-Inforunde: j. 1. Mi. i. Mo. 18h. Permakultur, Selbstversorg., Tauschkreise, Veganes; 1090 Währ. Str. 59

RKL & Aktionskom. gg. Sozialabbau: Vorstadt-Zentrum, Gußhausstraße 14/3, 1040, So von 16-22h, Soli-Cafe Di 18h

Kostnixladen virtuell: www.geldlos.at - real: im vekks. 1050 Zentag. 26, Mo, Do, Fr jew. 15-20h. ebd: WEGzehr & Kost-Nix-Kino jed. 1. Do im Mon., kochen ab 14h, ab 20h filme und voku

AUGE/UG Büro, Termine /Themen: <http://www.auge.or.at>, Mi., Ort: Belvedereg. 10/1, 1040; KIV/Unabh. Gewerksch. Gemeindebed., KIV-Club Odeong. 1/ Eingang Ecke Mohreng., 1020, kiv@kiv.at

VIRUS Di, 20h WUK-Umwelth., 1090 Währ. Str. 59, Eisenstiege

Pankahytn, jeden Dienstag ab 20h Stammtisch. 1150 Johnstraße 45/Halle, www.pankahytn.isdrin.at

Bikekitchen ReparierBAR: Donnerstags Selbsthilfwerkstatt: 16-20h / Community: 20-24h, jd. 1. Fr im M. 16-20h Rad-Werkstatt nur für Frauen, Lesben und Transgender. 1150 Goldschlagstr. 8. Gebrauchte Ersatzteile sind vorhanden.

Offenes Treffen des ehem. Speakercorner gg Schwarzbu j. 1. Do im M., 19 Uhr Käuzchen, 1070 Gardeg. /Neustiftg.

Anlaufstelle zur gewerkschaftlichen Unterstützung und dokumentiert Arbeitender (ÜNDOK): ÖGB-Haus Catamaran 1. Stock, 1020 Johan Böh. Platz 1, U 2 Station Donau-marina

Die Academy von Amnesty International bietet div. Workshops und Seminare an, z.B. über Flucht, Menschenrechte, Islam, Antirassismus, Argumentationstraining u.a. Infos unter www.academy.amnesty.at, Tel. 78008

Treffen der Versöhnungsbund-Aktiv-Gruppe, Jour fixe letzt Mo im Monat, ab 17,30 im Seminarraum, 1080 Ledererg. 23/3/27.

<http://www.versoehnungsbund.at> Basisgruppe Gesellschaftskritik Salzburg: Disk. abende jew. Di & Sa im Sub und im Infoladen. Infos und konkrete Termine geskrit.wordpress.com.

Derzeitiges

Ausstellung Widerstand und Befreiung: bis 30. Juni im Margarete Schütte-Lihotzky Raum, Die und Mi 10 - 14h, Do und Fr 14 - 18h, 1030 Untere Weißgerberstr. 41

Donnerstag, 1.6.

AK Wien/NÖ, 12h30 - 17h: Zur Zukunft von Arbeit und Wohlfahrtsstaat. Perspektiven aus der Sozialforschung; 1040 Plössl. 2, Dachsaal, 6. Stock, Anmeldebüro: gabriele.michels@akwien.at

Freitag, 2.6.

Marsch für Tausend! Zum Gedenken an die nach Weißrussland deportierten und in Maly Trostinec ermordeten jüdischen Wienerinnen und Wiener. Treffpunkt um 13 Uhr vor dem ehem. Sammellager 1020 Kleine Sperl. 2a

Samstag, 3.6.

Linz, Volksgarten 12 bis 20 Uhr Fair-Planet-Fest - ein Fest verändert - Menschenrechte, Tierrechte und Umweltschutz vernetzen

Dienstag, 6.6.

C3, 18,30, Diskussionsveranstaltung "Progressive Strategien für die Gestaltung der Globalisierung"; 1090 Senseng. 3

Mittwoch, 7.6.

Theater Akzent, 18h: AM PULS Nr. 55: Populismus - Die neue politische Macht; Info und Anmeldung. 1040 Theresianumg. 18

Republikanischer Club, 18h: Mögliche Eckpunkte einer (österreichischen) Migrationspolitik. Mit Alev Korun, Max Koch/SOS Mitmenschen, u.a. 1010

Rockhg. 1

Donnerstag, 8.6.

Werkl im Goethehof, 19h, Musik in memoriam Sigi Maron. 1220 Schüttaustr. 1-39/6/2. Gassenlokal

Depot, 19h, kinoki mikrokin: Eine Reise zu anarchistischen Projekten. 30 Jahre nach dem Ende des real existierenden Sozialismus, mitten in der kapitalistischen Krise, wirken die Ideen der anarchistischen Selbstorganisation taufisch. Aber gibt es ein richtiges Leben im Falschen? Anschl. Peter Grabher/Historiker im Gespräch mit Robert Foltin. 1070 Breite Gasse 3

ÖGB-Catamaran, Raum Amalie Seidel"; Seminar: Was ist Rechtspopulismus und wie wirkt er? Wie der Rechtspopulismus Politik und Gesellschaft nach rechts rückt und was das für ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaften bedeutet. 1020 Johann-Böhm-Platz 1. Info und Anmeldung: <http://bildung.gpa-djp.at/2017/05/03/rechtspopulismus-als-medienwirksames-phaenomen-se/>

Österr. Orientges., 18,30, Vortrag: Nichts Neues in Usbekistan? Wandel und Kontinuität unter dem neuen Präsidenten Schawkat Mirsijojew. 1010 Dominikanerbastei 6/6, Eintritt 4,- euro

Grünes Haus, 17,30, Asylverfahren und "Integrationsgesetz" in Österreich. Das Asylverfahren in Österreich - was ist noch Recht? 1070 Lindeng. 40

Alte Milchtrinkhalle, im Kongresspark, 1160 Wien, 19h: Migration und das Recht auf Arbeit. Über die prekären Arbeitssituationen von Migrant_innen und Asylwerber_innen;

Linz, 16h, Selbstbestimmung statt Wartelisten! Kundgebung der Plattform für bedarfsgerechte Persönliche Assistenz. Martin-

Luther-Platz

Freitag, 9.6.

Marsch für Tausend! Zum Gedenken an die in Maly Trostinec ermordeten jüdischen Wienerinnen und Wiener. Treffpunkt um 13 Uhr 1020 Kleine Sperrgasse 2

AK Wien, Bildungszentrum, 10-13h, Europas Weg in die Zukunft: Welche Weichenstellung braucht eine soziale Neuausrichtung in der EU? 1040 Theresianumg.16-18

Samstag, 10.6.

Amerlinghaus, Workshop 18-20h: Kennenlernen der IWW - Industrial Workers of the World (Wien). Die IWW unterscheidet sich sowohl in ihren Strukturen als auch in der Arbeitsweise stark von den in unserer Gesellschaft etablierten Gewerkschaften. IWW bietet die Grundlagen, der globalen Verschlechterung unserer Arbeits- und Lebensbedingungen entgegenzuwirken. Wenn Du nach Alternativen gewerkschaftlicher Organisation suchst, Fragen zur IWW hast oder mehr über die Wobblies erfahren willst, dann komm vorbei!. 1070 Stiftg.8, Infos: <http://www.iww.or.at/> Salzburg, Infoladen - Fest zum 14. Geburtstag. Ab 16 Uhr in der Lasserstr.26

Montag, 12.6.

Amerlinghaus, ab 20h Literatur, Musik & Kleinkunst: Wilde Worte mit Richard Weihs und Ruth Aspöck: Nichts als eine langweilige Blindschleiche.

Depot, 19h: war is forever. Gewebe im Gedächtnis feministen diskutieren. Hoa Lou Kunstbuch, das Zine youpuke-war is forever, 2016 im Selbstverlag publiziert, ist als Archiv angelegt: 1000 Seiten über die Einschreibung des Krieges im Massenmedien-?/Informationszeitalter. Eine weibliche

Odyssee, die Verwebung von Michel Serres' Kommunikationsnetz mit Penelope, und daraus resultierende Fragen nach dem Web, den Codes, der Zerstörung und dem Analogen. Hoa Luo, Künstlerin, Philosophin, Kuratorin, Wien. 1070 Breite Gasse 3 Palais Epstein, 13,30 - 17h: Digitale (R)Evolution: Digitaler Wandel – Die Arbeitswelt von Morgen. 1010 Renner-Ring 1

Dienstag, 13.6.

Otto-Mauer-Zentrum, 18,30. Disk: Tiefenbohrungen 2017: Feministische Ökonomie/ Feministische Ethik" 1090 Währinger Str.2-4, (Info: www.ksoe.at)

Gesellschafts- u. Wirtschaftsmuseum, 17h: Die Zukunft der Arbeit. Helmut Detter präsentiert Ergebnisse des Arbeitskreises "Arbeit finden - Arbeit erfinden". 1050 Vogelsangg.36

Donnerstag, 15.6.

Salzburg, Kunstquartier, bis 17.6.: "Civil Media 17 - Un-Conference for Community Media & Civil Society". Mit COMMIT-Thementag "Voices of Inclusion" - zu Medien, Flucht und Migration. Bergstr.12 (Infos, Anmeldung: <http://civilmedia.eu/>)

WEISSENBACH am Attersee (Europa-Camp, OÖ.): 20. Festival des politischen Liedes 2017. Bis 18.6. (Infos www.kv-willy.at)

Freitag, 16.6.

1050 Wien, Rechte Wienzeile 81: Workshop mit Planspiel & Diskussion "Ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle?" (Akademie für Gemeinwohl, www.mitgruenden.at/termine/16-06-2017_ein-bedingungsloses-grundeinkommen-fuer-alle)

Brotfabrik, Workshop bis 17.6.: "Make the Future Great Again" von Blik-

kwechselln. 1100 Absberggasse 27, Infos Internat.Versöhnungsbund, <http://www.versoehnungsbund.at/>

Montag, 19.6.

Amerlinghaus, 19h, Rechtshilfetreffen der BettelLobbyWien. 1070 Stiftg.8

Dipl.Akademie, 18h, Podiumsdiskussion: "Politik mit der Mauer. Donald Trump und

Perspektiven für Lateinamerika" 1040 Favoritenstr.15A. (www.lai.at/wissenschaft/wissenschaftl-veranstaltungen/lateinamerika-tagung-wien-2017)

Dienstag, 20.6.

Haus der Europäischen Union, 18h, Gesprächsreihe Europa-Dialog, Gast Doron Rabinovici. 1010 Wipplingerstr.35, Anmeldung unter www.EuroaDIALOG.eu/termine

Donnerstag, 22.6.

AK Wien, Bildungszentrum, 14-16,30: Arbeitsdruck ohne Ende? 1040 Theresianumg.16-18

Freitag, 23.6.

Ein Fest beim AUGUSTIN, ab 18 Uhr Musik, Grillerei, usw. 1050 Reinprechtsdorfer Straße 31, im Hof, Eintritt frei

Sonntag, 25.6.

Führung durch den jüdischen Friedhof Währing mit Tina Walzer. Treffpunkt vor dem Tor zum Friedhof jew. 11 Uhr und 15 Uhr. 1180 Schrottenbachgasse. Anmeldung unbedingt bis spätestens Freitag 12 Uhr vor dem Termin unter juedischer.friedhof@gruene.at

Dienstag, 27. 6.

Depot, 19h, Vienna Biennale: Die Zukunft der Arbeit, Ausstellungsbesprechung. Laut Forschungsunion der deutschen Bundesregierung

steht die vierte industrielle Revolution bevor und wird nicht nur Produktionsweisen verändern, sondern auch massive Eingriffe in die Konzepte von Arbeit und damit in soziale Strukturen mit sich bringen. Die Vienna Biennale steht 2017 unter dem Titel Roboter. Arbeit. Unsere Zukunft und nähert sich mit zwei Ausstellungen dieser großen gesellschaftlichen Frage aus künstlerischer Perspektive. Julia Hofmann, Wirtschaftssoziologin, Uni Wien, Werner Rodlauer, artmagazine.cc. 1070 Breite Gasse 3

Freitag, 30.6.

Universität Wien, Institut für Zeitgeschichte, Campus Altes AKH Spitalgasse 2-4/Hof 1, Tür 1.13, Seminarraum 1, 1090 Wien; Workshop bis 1.7.: Flucht, Solidarität und Ökonomie; Linz, SLP- Verant. ab 10h: Eine Welt zu gewinnen. Revolution 1917 - 2017. Steingasse 5, Infos www.slp.at

Linz, Schillerpark/ beim Friedensdenkmal ab 16h: Lange Nacht des Friedens. (Infos: www.solidarwerkstatt.at)

MARCHTRENK/OÖ, bis 9.7.: Festival der Regionen "Ungebetene Gäste". (Infos: www.fdr.at)

Donnerstag, 6.7.

LECH/Vbg. bis 9.7.: : 4. Medicinicum Lech "Viele Wege führen zu Gesundheit – Rezepte aus Ost und West - Die Kunst des Heilens zwischen Orient und Okzident" (Infos: www.lech-zuers.at/medicinicum-lech/, www.sikommunikation.com)

Sonntag, 9.7.

STADTSCHLAINING (Friedensburg, Bgld.): Sommerakademie bis 14.7.: 2017 "Welt im Umbruch – Perspektiven für europäische Friedenspolitik". (Anmeldung: www.frie-

densburg.at/veranstaltungen/index.php#event72)

Montag, 10.7.

SALZBURG, Große Universitätsaula, Max-Reinhardt-Pil., bis 14.7.: 66. Internationale Pädagogische Werktagung "Kinderrechte". (Infos: www.bildungskirche.at)

Mittwoch, 12.7.

Ober-Grafendorf/NÖ, bis 16.7.: Attac SommerAka-

demie 2017: "Für Demokratie kämpfen! Wie wir die autoritäre Wende verhindern, Konzernmacht brechen und unsere Zukunft gestalten." (Infos u. Anmeldung: www.attac.at/events/sommerakademie-2017.html)

Freitag, 14.7.

Kapfenberg, bis 16.7.: Summer Lab 2017: "Struggling Democracies". Info: https://cengizkulac.com/su-

mmmer-lab-2017/

Donnerstag, 17.8.

MARSCH für Tausend, Treffpunkt um 13 Uhr, 1020 Kleine Sperlgasse 2a 24.-27.8.2017 TAINACH/TINJE/Ktn.: GRÜNE Sommerakademie 2017 "Sprache und Macht". (Info: https://gbw.at/oesterreich/us/sommerakademie/)

Donnerstag, 31.8.

MARSCH für Tausend, zum Gedenken an die im Nationalsozialismus verfolgten und ermordeten jüdischen Wienerinnen und Wiener. Treffpunkt um 13 Uhr, 1020 Kleine Sperlgasse 2a

Äthiopier für Biafra

“Es gibt meines Ermessens nach nichts, was der Landstraßer Bevölkerung mehr wurscht ist, als die gefallenen Helden Biafras”, kommentiert der Landstraßer FPÖ-Bezirksobmann LAbg. Dietrich Kops die heutige Demo, die den Verkehr zwischen Burgtheater und Rennweg lahmlegen wird. “Wenn 200 Äthiopier und deren Freunde demonstrieren wollen, können sie das gerne tun – auf der Donauinsel, im Wienerwald oder am besten überhaupt in Äthiopien”, so Kops.”

Soweit die FPÖ Wien in einer Aussendung. Tatsächlich wäre es erstaunlich, wenn so viele Äthiopier am 50. Jahrestag der Unabhängigkeitserklä-

rung Biafras demonstrierten — egal ob am Wiener Ring oder auf der Donauinsel. Möglicherweise haben sogar ein paar Äthiopier in Äthiopien aus Solidarität mit Biafra demonstriert. Das ändert aber nichts daran, daß Biafra von Nigeria seine Unabhängigkeit erklärt hat — was ungefähr so weit weg von Addis Abeba ist wie Erdberg von Teheran.

Aber wahrscheinlich sind alle Nigerianer Äthiopier. In Nigeria allerdings sollte man nicht für Biafra demonstrieren. Amnesty International berichtete letztes Jahr: “Mindestens 150 Menschen, die im Südosten des Landes im Zeitraum zwischen August 2015 und August 2016 friedlich für die Unabhängigkeit Biafras demonstrierten, wurden bei außergerichtlichen Hinrichtungen und durch massive Gewalt getötet.”

VORSICHT: kleingedrucktes
Die aktuellen Informationen verstehen sich als wöchentliches diskussions-, mitteilungs- und nachrichtenblatt mit einem termin- und veranstaltungskalender. Weiters sollen Ideen und Informationen möglichst vieler fortschrittlicher Gruppen, Initiativen und Personen weiterverbreitet werden. Jeder Artikel drückt lediglich die Meinung der unterzeichnenden Autoren und Autorinnen aus. Redaktionssmeldungen und technische Informationen können ungezeichnet bleiben.

Bedeutung der Kürzel: "akin" bedeutet einen Eigenbericht, "bearb." bezeichnen Artikel, die ohne weitere Recherche übernommen, aber sprachlich bearbeitet wurden, "gek." bezeichnet reine Kürzungen. Die Redaktion besteht auf ihrer Autonomie und behält sich daher auch das Recht vor, Texte zurückzuweisen, zu kürzen oder zurückzustellen. Faschismen, Sexismen, Rassismen und Totalitarismen werden prinzipiell nicht gedruckt. Texte können aber teilweise oder komplett auch abgelehnt oder zur späteren

Veröffentlichung zurückgestellt werden, wenn sie beleidigend sind, nichts Neues respektive mitteilenswertes enthalten, nicht, nur schwer oder nur einem Spezialpublikum verständlich oder rechtlich bedenklich oder überlang sind. Auch wenn durch eine Veröffentlichung ein unzumutbarer Schaden eintreten könnte, den die Redaktion sich zu verantworten außer Stande sieht, kann ein Abdruck unterbleiben. Ablehnungen können in der akin mitgeteilt und begründet werden. Auf Verlangen einer solchen Begründung wird eine solche obligatorisch abgedruckt. Es liegt an der Redaktion, zu entscheiden, ob ein Text in eine der oben angeführten Kategorien fällt. Sollte nach längerer Diskussion kein Konsens innerhalb der Redaktion zu erreichen sein, entscheidet die Mehrheit der anwesenden Redaktionsmitglieder. Diese sind jedoch gehalten, nach einer für alle tragbaren Lösung zu suchen. Stimmberechtigte Mitglieder sind nur regelmäßige MitarbeiterInnen der Redaktion. Abgelehnte Manuskripte können in der Redaktion

eingesehen werden. Redaktionsschluss und öffentliche Redaktionssitzung: Montag, 18h. Jahresabonnement (etwa 28 Ausgaben): 70 Euro (bei bfs-Mitgliedern ist die Abgebühr im Mitgliedsbeitrag enthalten). Ausland: 70 Euro plus ein Bissel einer Spende; 3 Ausg. gratis zur Probe. Akin per e-Mail (als reiner Text oder pdf oder beides): für Papierabon. gratis, ansonsten 30 Euro. Auf eurem Adressenetikett steht in der obersten Zeile der Ablauf eures bezahlten Abos (z.B. 17/12 = Dezember 2017).

eingesehen werden. Redaktionsschluss und öffentliche Redaktionssitzung: Montag, 18h. Jahresabonnement (etwa 28 Ausgaben): 70 Euro (bei bfs-Mitgliedern ist die Abgebühr im Mitgliedsbeitrag enthalten). Ausland: 70 Euro plus ein Bissel einer Spende; 3 Ausg. gratis zur Probe. Akin per e-Mail (als reiner Text oder pdf oder beides): für Papierabon. gratis, ansonsten 30 Euro. Auf eurem Adressenetikett steht in der obersten Zeile der Ablauf eures bezahlten Abos (z.B. 17/12 = Dezember 2017).

IMPRESSUM: Medieninhaberin (verlegerin), herausgeberin und Herstellerin: Bewegung für Sozialismus (föj), Belvedereg. 10, 1040 Wien. Nachdruck unter Quellenangabe und Zusendung eines belegexemplars erbeten. Reproduktionen im Internet bitte unter Angabe unserer Webadresse oder des deeplinks sowie Benachrichtigung per Mail. DVR-Nummer: 0557 021.

postadresse: Lobenhauerng.35/2, 1170 Wien. **redaktionsadresse:** Dreyhausengasse 3, Kellerlokal, 1140 Wien. Telefon: 0665 65 20 70 92 - akin.redaktion@gmx.at - archivhomepage http://akin.mediaweb.at - blog https://akinmagazin.wordpress.com - https://www.facebook.com/akin.magazin - twitter @akinmagazin - radio-podcast http://cba.fro.at/series/1137

Konto: bank austria, lautend auf: föj — Bewegung für Sozialismus, IBAN AT04 12000 223 102 976 00, BIC: BKAUATWW